

Volkstimme

Einzelnummer 30 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.
Telefon 6802. Erscheinungstage: von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Nea.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich
außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage
„Volk und Zeit“.

Verlag, Druck- und Vertriebsstelle: Halle a. S., Marktstr. 27.
Telefon 5407. Postfachkonto 209 a. H. 87573

Nr. 35 Preis: 600 Mk. Halle, Freitag, den 11. Februar 1921 5. Jahrgang

Kommunisten, entscheidet euch!

Die gegenwärtige Lage in den halleischen Gewerkschaften — Spaltung oder Einheit? — Durch den Widerstand der R.A.P.D. und der Metall-Industriellen bleibt die Lohnbewegung der Metallarbeiter hängen — Drei Paar schmutzige Hände.

Geiern abend tagte, vom Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes einberufen, eine konföderierte Sitzung der halleischen Gewerkschaftsvorstände. Neben je drei Vertretern der einzelnen Gewerkschaften waren auch die Beiratsleitungen derjenigen Verbände erschienen, die in Halle ihr Büro haben. Die Veranstaltung zu dieser Konferenz gab der vor einigen Wochen gezeigte Beschluss des halleischen Gewerkschaftsrates, des Ortsausschusses des A. D. G. B., mit der Wirtschaftlichen Räteorganisation eine organisatorische Gemeinschaft einzugehen. Bekanntlich hat der erste im Herbst vorigen Jahres tagende Betriebsrätekonferenz die A. D. G. B. verworfen, er hätte beschlossen, die nach dem Gesetz gewählten Betriebsräte innerhalb des Rahmens der Gewerkschaften zusammenzufassen. Gegen diese Richtlinie hatte das halleische Kartell mit Absicht verstoßen und nach den in der gezeigten Sitzung mitgeteilten Ausführungen der Beiratsleitung jenes Beschlusses mag man annehmen, daß dieser Beschluss des Kartells in der Tat erfolgte, eine Probe darauf zu machen, wie weit der A. D. G. B. der Taktik der Kommunisten, in den Gewerkschaften nach den bekannten 21 Moskauer Bedingungen zu wirken, Widerstand entgegenzusetzen werde.

Darüber haben denn in der gezeigten Sitzung die kommunistischen Zellen ziemlich klaren Wein geschmeckt bekommen. Mit dem größten schädeligen Ernst, und ohne auch nur die geringste aggressive Note in seinen Ausführungen gegen die Kommunisten anzuschlagen, riefte doch der vom A. D. G. B. ersandene Genosse Schulte die große Bedeutung all dieser Vorgänge für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse auf. Er zeigte in prägnanten Ausdrücken das Grundgesetz des erfolgreichsten gewerkschaftlichen Kämpfers, des Einmalen in die Beschlüsse der Mehrheit und die Münchener Beschlüsse sind durch die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaften gefaßt. Klipp und klar verlangte er die Entschiedenheit von den kommunistischen Gewerkschaften, ob sie diese Münchener Beschlüsse für ihre Arbeit maßgebend sein lassen wollen, solange sie noch zu Recht bestehen. Nicht in Worten sollte die Entscheidung sich ausdrücken, sondern im Handeln.

aufzuheben, verhehle gründlich die Wirkung. Bis vorläufige Neuwahlen der Ortsverwaltungen in allen Gewerkschaften stattgefunden haben, würden die Funktionen eines Ortsausschusses des A. D. G. B. für Halle einem provisorischen Kartell übertragen, das vom A. D. G. B. dazu berufen wurde. Gedenke für daselbst sind nur an den Kollegen Schlimme abzulehnen. Nach den Neuwahlen würde dann über eine Übertragung der Geschäfte, die stets im Sinne der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses zu führen seien, zu reden sein.

In den Kommunisten wird es jetzt liegen, ob die Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Bewegung gewahrt bleibt, oder ob die Zersplitterung zur vollständigen Ohnmacht auch der Gewerkschaftsbewegung führen wird. Die Kommunisten haben sie zeigen, daß sie das Wort von der Einheitsfront nicht bloß im Munde führen. Hier können sie zeigen, was Wahres daran ist.

Die Versammlungen beherzigen, während die Mehrheit der Mitglieder dem ganzen Treiben fernsieht. Aus diesem Grunde dürfte die Durchführung der vorgezeichneten Maßnahmen nur vorübergehend sein.

In zweiter Linie muß an eine Beeinträchtigung der Mitglieder in unserem Sinne gedacht werden, weil das Organ der Kommunisten — der „Klassenkampf“ — in großer Ausdehnung der Gewerkschaftspropaganda dient. Der Bundesvorstand ist bereit, die Mittel für ein etwa vierseitiges, wöchentlich erscheinendes Mitteilungsblatt vorläufig bis zur nächsten Ausschüttung zur Verfügung zu stellen. Die reichliche Verbreitung eines solchen Organs in einer Auflage von 30 000 Exemplaren ist gesichert. Um dem neuen Ortsausschuss die Tätigkeit zu erleichtern und die Möglichkeit zur erfolgreichen Arbeit zu geben, beabsichtigt der Bundesvorstand, dem Ortsausschuss ein solches Organ zu überlassen. Aus diesem Grunde darf es nicht nur mit der Beitragsperre gegenüber dem kommunistischen Kartellvorstand kein Bemeden haben, es muß damit gleichzeitig die Anweisung ergehen, daß alle existierenden und künftigen Kartellbeiträge dem von uns eingeleiteten Kartellvorstand zugewandt werden. Die Adresse des in Frage kommenden Kassierers lautet:

Hermann Schlimme, Halle, Dresdenstr. 18.
Berlin, den 2. Februar 1921.

Betrifft: Kommunistische Gewerkschafts-zerpflüchtigung in Halle.
Werte Genossen!
Durch die Tagespresse wie auch durch das Mundstücken des Gewerkschaftsleiters A. Wielepp haben Sie sicher bereits Kenntnis von der kommunistischen Zerstückelungsarbeit in Halle erhalten. Der Bundesvorstand hat es für zweckmäßig gefunden, durch Entsendung eines Vertreters nach Halle die Verhältnisse an Ort und Stelle nachprüfen zu lassen, um durch Einleitung entsprechender Gegenmaßnahmen dieser Zerstückelungsarbeit zu begegnen. Dabei wurde festgestellt, daß mit ganz verschwindenden Ausnahmen fast alle Gewerkschaften kommunistisch beherrscht werden. Wo in den Ortsvorständen heute noch keine kommunistische Mehrheit vorhanden, besteht die Gefahr, eine solche bei den noch vorzunehmenden Neuwahlen zu bekommen. Dieser Zustand erklärt auch die Tatsache, daß bei der Neuwahl des Vorstandes vom Ortsausschuss nur Kommunisten in den Vorstand gewählt worden sind. Die Folge dieser Zusammenlegung war, daß am 25. Januar beiwohnen wurde, mit der „Wirtschaftlichen Räteorganisation“ eine Arbeitsgemeinschaft einzugehen. Damit hat sich der Ortsausschuss im Gegensatz zum A. D. G. B. gestellt und eine weitere Zusammenarbeit ist unmöglich.

In einer Besprechung der nicht auf kommunistischen Boden stehenden Gewerkschaftsfunktionäre wurde unter Leitung des Unterzeichneten zunächst ein neuer provisorischer Kartellvorstand eingesetzt und beschlossen, mit aller Macht den Kampf gegen die Kommunisten aufzunehmen. Dieser Kampf wird aber nur Erfolg haben, wenn er die volle Unterstützung aller Zentralvorstände findet.

Als erste Maßnahme gilt es, zu verhindern, daß dem kommunistischen Ortsausschuss aus Gewerkschaftsgeldern Mittel angeführt werden. Dazu bedarf es einer ganz unabweislichen Anweisung der Zentralvorstände an ihren Ortsvorstand, im Besonderen an den amtierenden Kassierer in Halle, seine Kartellbeiträge an den bisherigen Kartellvorstand zu leisten. Ueber die Auswirkung einer solchen Anweisung sind wir uns vollständig klar, aber der aus aufzugehender Kampf erfordert ein rücksichtsloses Durchgreifen.

In der schon angedeuteten Besprechung wurde festgestellt, daß die Kartellgeschäfte der Verbände der Angestellten, Bergarbeiter, Bäder, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter, Maschinenbau- und Transportarbeiter in den Händen unzuverlässiger Funktionäre liegen, die gemäßigt sind, einer solchen Anweisung der Vorstände auch gegen den Willen der Mitglieder aus ihrer irdischen Verwertung zu folgen. Schon damit wäre die Beitragsperre für mehr als 20 000 Mitglieder gesichert, während der Gesamtmitgliedsbestand in Halle nicht ganz 40 000 beträgt. Mit Sicherkeit läßt er anzunehmen, daß es den Kommunisten in einigen Verbänden gelingen wird, diese Kassierer durch Neuwahlen zu besetzen. In diesen Fällen müssen die alten Kassierer aber im Amt erhalten werden und selbst vor der Einsetzung einer kommunistischen Verwaltung durch die Vorstände dürfen wir nicht zurückweichen.

Nach übereinstimmenden Mitteilungen sehen sich die kommunistischen Reimellen in allen Organisationen nur aus einem Bruchteil der Mitglieder zusammen, die durch ständige Tätigkeit

den Aktion rechnen könnte. Die deutsche Republik hat...

Es ist wenig bemerkt worden, daß in dem sogenannten...

So ist es psychologisch durchaus verständlich, wenn die...

Niederbrängen!

Breslau, 10. Febr. Zu den Londoner Verhandlungen...

Gegenüber der Forderung des milliardenschweren...

Das leistungsfähigste Spiel wird fortgesetzt.

München, 10. Februar. Nach einer ähnlichen Meldung...

die ungeheuren Reparationsforderungen ablehnte, auch dem...

Eine vernünftige Kritik.

London, 10. Februar. Im Anceumclub erklärte Lord...

Die Opposition in der französischen Kammer.

Paris, 10. Februar. Bei der gestrigen Abstimmung der...

Zusammenstöße und Stutaten in Italien.

Triest, 10. Februar. Agenzia Stefani. Wegen der Erm...

Eine eroberte Stadt.

Paris, 10. Februar. Japan verbreitet ein aus Beirut...

Der weitere Zerfall der Türkei.

Paris, 9. Febr. Havas meldet aus Beirut, die westlichen...

Ein später Prozeß bezüglich der Vorgänge nach dem...

Essen (Ruhr), 9. Febr. Heute beginnt vor dem Schwurgericht...

Was in Preußen vordurch?

Das Münchener Beispiel des großen Verführungskrantes...

Wahrlich, noch nie hat die deutsche Bourgeoisie...

anleihenbereizt. So rasch, so erdärmlich, so ununterbrechlich...

Da die „Deutsche Zeitung“ das alles ohne ein Wort...

Das Programm der englischen Liberalen.

Das Exekutivkomitee der englischen Liberalen Partei...

Für die einzelnen Industrien werden paritätisch zusam...

Eine jede Industrie ist verpflichtet, ihre eigenen...

Die Sozialleitung als Prinzip wird abgelehnt und nur für...

Es wird gegen die fiskalpolitischen Beziehungen West...

Wünschenswert ist die Erhöhung der Grundlöhne ausgeprochen...

Wir haben uns längst verheißt, theoretisch nachzuweisen...

Eine Abgabe an Moskau.

Die französischen Gewerkschaften werden in der Amsterdamer...

Paris, 10. Februar. Die „Revue“ mittelt, hat der...

Wir bitten... dringend, zu den Einkäufen möglichst die Vormittagsstunden zu wählen... Halle a. S., Schmeerstr. 1.

... aber nur noch 6 Tage... Auf alle schwarzen Lederschuhwaren... Auf Einzelepäre und Restbestände... Auf zurückgesetzte schwarze und farbige Lederschuhwaren... Jeder Stiefel trägt auf der Sohle den von unserer Fabrik fest eingepprägten Original-Preis... Der Rabatt hierauf wird erst an der Kasse bar in Abzug gebracht... Löwen & Cie A.G.

warde, entschieden, die Frage des Austritts der C. G. I. aus der gewerkschaftlichen Internationale von Amsterdam nicht in Erwägung zu ziehen. Auch dem aufstrebenden Gewerkschaftstreffen soll der Anstoß an die gewerkschaftliche Internationale von Moskau nicht angeschlossen werden. Diese gewerkschaftliche Organisation mache den Verzicht, die Bewegung der politischen Parteien unterlassen zu machen, die sich der dritten Internationale angeschlossen haben.

Arbeitslose Vergleute in Frankreich.

Vor einiger Zeit teilten wir mit, in welchem unangelegenen Umfang sich die Arbeitslosigkeit in England ausbreitet. Als Folge davon wurden sogar die Vergleute in größerem Umfange von der Arbeitslosigkeit betroffen, und das in einer Zeit, wo ihre Kameraden in Frankreich Überflüssigen vertriehen müßten, um die französischen Ansprüche auf deutsche Kohlenlieferungen nach dem Abkommen von Spa zu erfüllen. Trotzdem erhebt Frankreich anlässlich der Pariser Verhandlungen sogar noch Ansprüche auf erhöhte Lieferungen. Ein welsch in der Fortsetzung dieses Verlages, kann man daran erkennen, daß jetzt auch in Frankreich selbst Vergarbeiter auf die Straße geschickt werden! Aus einem Artikel des Pariser Gewerkschaftsorgans „L'œuvre“ vom 3. Februar, der die Überflüssigkeit trägt: „Haben wir zwei Köpfe?“, entnehmen wir folgende merkwürdige Einzelheiten über die Arbeitslosigkeit in den mittel- und südfrenchischen Kohlenrevieren:

„In Douai, in Commentry, in Montreuil arbeiten die Vergleute seit dem 8. Januar nur drei Tage in der Woche; diese drei Tage betragenden insgesamt fünf bis sechshundert Arbeiter; in Besenot, wo dreihundert Vergleute beschäftigt waren, wird vollständig gestoppt; in Singles (Nord-Deule) ebenso; in Bousmoreau (Eure) ist die Hälfte der Arbeiter entlassen; in Boucaux (Haute-Loire) wurde lediglich Arbeitern gekündigt.“

Der Verfasser des Artikels, A. Gomat, ein Führer des französischen Bergarbeiterverbandes, erzählt nun, daß er bei einer Besichtigung mit den höchsten Beamten der staatlichen Bergverwaltung über die bedauernde Lage dieser Arbeitslosen und ihrer Familien zu hören bekam, daß „man sich nicht allzu sehr beunruhigen dürfe. Die Situation, die einerseits durch die beträchtliche Einfuhr von Kohle, andererseits durch einen geringeren Verbrauch der Fabriken verurteilt sei, würde nur von kurzer Dauer sein. Am größten und ganzen würde die Arbeit in den Bergwerken bald wieder ihren normalen Lauf nehmen, mit Ausnahme jedoch von gewissen Revieren in Mittel-Frankreich, deren Kohle minderwertig ist.“

Die Verdrücktheit der Zukunft, die in Europa unter dem Kommando der französischen Regierung, d. h. der französischen Schwerindustrie, herrschen, kann gar nicht größer beschildert werden, als durch diese Tatsachen; denn die „beträchtliche Kohleneinfuhr“, die zur Entlastung von französischen Vergleuten führt, ist natürlich nichts anderes als die von Deutschland lo dringend für die Beschäftigung der eigenen Industrie benötigte Ruhrkohle, die wir nach dem Tiztat von Spa gratis abliefern müssen. Unsere Bergarbeiter müssen Lieferungen unter jämmerlichen Ernährungsverhältnissen leisten; in Deutschlands Industrieküsten gibt es infolge der Kohlenknappheit Hunderttausende von Arbeits-

losen und Millionen von Kurzarbeitern; Deutschland darf seine Kohle nach dem neutralen Ausland ausführen, wofür es billige Lebensmittel erhalten würde, sondern es muß sein wichtiges Austauschprodukt ohne wirtschaftliche Gegenleistungen Frankreich überlassen; und jetzt soll sogar das Tiztat von Spa verhängt werden, wieder einmal soll in Douai doch mit seinem Sabel rascheln, eine Erhöhung der deutschen Kohlenlieferungen, eine Verbilligung der Eisenarbeit der deutschen Vergleute erzwungen!

Unter diesen aber werden sowohl in England wie auch in Frankreich Bergarbeiter zu Tausenden entlassen! Ja, Frankreich ist jetzt sogar in der Lage, dank der deutschen Qualitätskohle, die es umsonst bekommt, Zedern, deren Erzeugnisse als „minderwertig“ bezeichnet werden, einfach zu fertigen, eingehen zu lassen!

Patissen.

Die Sozialdemokrat in Paris, wie der „Temps“ meldet, mit der Erhebung des Völkerrats, die am 21. Februar in Genf eröffnet werden sollte, zu derselben Zeit in Paris stattfinden.

In der Berliner Sozialdemokratenversammlung wurde der neue Oberbürgermeister Herr von Koch, durch den Oberpräsidenten Dr. Baumbach in letzter Minute eingeführt.

Keine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Der „Konventionär“ hatte vor einiger Zeit mitgeteilt, das Reichsarbeitsministerium habe die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung von 10 auf 12 Mark täglich beschlossen. Diese Nachricht, die auch von einem großen Teil der Presse weiterverbreitet wurde, wird jetzt demontiert.

Kirchenstritte in Böhmen. Nach Berichten der sozialistischen Blätter sollen im Bereich von Groß-Prag während der letzten 14 Tage rund 100 000 Personen aus der katholischen Kirche ausgetreten sein.

Landwirtschaftsminister Genosse Otto Braun und die Weidewirtschaft.

Bekanntlich erließ der Genosse Braun als Minister am 2. September 1918 eine Verordnung zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Arbeit. Diese Verordnung, die eine gewisse Erleichterung, indem sie die Konkurrenz des Viehhändlers und weiter legte, daß die Agrarier in Pommern usw. bereit gewesen seien, Lieferverträge mit dem Landarbeiter-Verband abzuschließen. Demgegenüber wurde festgestellt, daß die Agrarier niemals die Forderungen des Landarbeiter-Verbandes anerkannt haben. Bei der Staatsberatung des Landwirtschaftsministeriums für 1919 wurde von den Deputierten des Abg. Grafen von Bismarck und dem Abg. Grafen von Bismarck die Verordnung kritisiert und dem Gen. Braun vorgeworfen, er sei ein Minister für Landarbeiter und gegen die Landwirtschaft. Treffend erwiderte der Gen. Braun diesen Vorwurf, daß nach seiner Auffassung die Landarbeiter mit zur Landwirtschaft gehören. Allerdings war die jahreszeitliche Tätigkeit der Konventionen, jetzt Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, darauf eingeleitet gewesen, die Landarbeiter niederzuerhalten. Diese Herren scheuen sich nicht, in

der geschäftlichen Weise den Gen. Braun zu bekämpfen, nicht etwa, weil er keine landwirtschaftliche Sachkunde besitzen sollte, sondern, weil der Gen. Braun sich nicht zum wirklichen Werkzeug agrar-funktionärer Interessenpolitik machen läßt.

Zum Beweis, doch so ist, folgt hier ein Bericht der Deutschnationalen. Im Siebenaugausch der Preussischen Landesversammlung erklärte am 28. Oktober 1920 der deutschnationale Abg. Weiskopf, daß er die Tätigkeit des sozialdemokratischen Landwirtschaftsministers Otto Braun sehr hoch einschätzte. Er erkannte an, daß der Landwirtschaftsminister großzügig alle geeigneten Mittel angewandt habe, um die Wünsche des Volkes auf Beschaffung von Gediungsland zu erfüllen. Wenn sich kein weiteres Gediungsprogramm nicht so schnell realisieren läßt, seien daran nur die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse schuld. Weiskopf fügte hinzu, er wolle auch als politischer Gegner gerecht sein und sich kein schämeßliches Urteil nicht durch die Freireisung gegen Braun beeinflussen lassen. Einen Tag später, am 29. Okt., rühmte der deutsch-volksparteiliche Abg. Heide im Landwirtschaftsauswahl der Landesversammlung die Tätigkeit Otto Brauns für die Verlorung der Landwirtschaft mit menschlichem Dünge. Auch er erklärte, Programm und Arbeit von Otto Braun durchaus anerkennen zu müssen. So spricht die Wahrheit, und jetzt spricht die Dege gegen den Gen. Braun, weil er Sozialdemokrat ist.

Vermunlich für Politik, Klasseninteressen und Gewerkschaft des Paul Summe; „Aus dem Auswahls“ und Frauellen Willi Rante; im 2000 m und den übrigen rekonstruieren Teil 2. Garde; für die Interven Wilhelm Herge; sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Nr. Ulrichstr. 27.

Bereins-Anzeiger.

Zehe unter dieser Rubrik erhellende Bekanntmachung bis zum Ende 20. Bis. In Verenssammlungen sollen alle Beurlaubten der politischen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Vertriebsbezirk angekündigt werden.

Bapitz-Schleudrig. Sonnabend, den 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in Ritters „Landhaus“ Bapitz, Mittel-Schleudrig, Einladung für die Tagesordnung der Delegierten und Gemeindevorstellung. Unter Mitwirkung des Wohlwühligen Erlösetenen der Mitglieder ist würdige, Freude willkommen.

Raunburg. Sonnabend, den 12. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in Reilensau bei Raunburg. Der Vorstand, Erheben aller dringend notendia.

Mideln. Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 2 Uhr in „Schleudrigs öffentliche Arbeiter- und Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Beratung im Zentralrat, Mitarbeiter- und Parteimitglieder. Vorstand: Erwählung aller Gewählten ist unbedingt Pflicht. Der Vorstand!

Delitzsch. Alle Gewählten, die sich an der Kandidatenerhebung am Sonntag, den 13. Februar, beteiligen wollen, erheben sich am Sonntag, abends 8 Uhr, im Parteikreis bei der Wohnung des Materials anzuheben.

Ellenburg. Montag, den 14. Februar, 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in Ellenburg. Die Tagesordnung: Wichtige Tagesordnung. Alle Gewählten sind ihres Angehörigen müssen pünktlich erscheinen.

Der Vorstand.

la. Corned Beef 1/4 Pfd. 2.50
la. Kochmettwurst 1/4 Pfd. 3.00
reine weiße Palmbutter Pfd. 12.00
la. Rinderfett Pfd. 12.00
la. Delikateß-Leberwurst 1/4 Pfd. 5.00

F.H. Krause

Am besten u. billigsten kaufen Sie Jugendweih Ihre Bedarf für die **Konfirmation.**

aus halbarem Stoff
 1 kleiner Cheviot, ein- und zweireihig von 185 00
 1 kleiner Cheviot, ein- und zweireihig, in gut. Wolle von 395 00
 fertig und nach Maß, neueste Muster, halbare Qualität, von 550 00
 1 Sportform m. Gürtel, Umhangshose, fertig und nach Maß von 650 00
 prima Qualität, gute wolle. Stoffe, blau, grün und schwarz 850 00

Für tadellosten Sitz, erstklassige Verarbeitung von guten Stoffen, Übernahme volle Garantie.

Berufs-Kleidung zu staunend billigen Preisen!
 Gehrock-Anzüge von 600.00 Mk. an, in großer Auswahl.
 C. taway und Weste von 400.00 Mk. an.

Moritz Rosenthal, Leipziger Str. 8, in alten Rathaus.

Besichtigen Sie meine Schaufenster, und vergleichen Sie Qualitäten, Verarbeitung und Preise!

Eine **Bibliothek** für **neun Mark**

halten Sie durch das „Wirtschaftliche Arbeiter-Berufsbüchlein“, enthält alles, was man täglich Leben rasch wissen muß, z. B.: Verlassung, Erlöse-Vertrag, Hei-wesen, Finanzen, Steuer-gesetze, Eisen-Abwesen, Auswanderung, Unter-nehmer- und Arbeiter-Veränderliche, Wirtschafssysteme, Parteien-Veren, Redekunst, Messen-Psychologie, Sozialwesen, Arbeiter- und Angestellt-erwerb, Betriebs-recht, Soziale Versicherung, Reichs-versor-gungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialisier-ung, Gewinn-beteiligung, Intellektuelle, Taylor-system, Schulwesen, Volkswirtschaftliche Fragen, Valoren-Einkommen u. s. w.

Preis Mark 9.-

Budhandlung Volkstimme
 Gr. Ulrichstrasse 27.

Bockwürste!!

Regensburger und Wiener in ersterer Qualität, täglich frisch und in Dosen empfiehlt

Herm. Brodthuhn
 Telefon 2786 Kapellenstraße 4 Telefon 2786 am Stadttheater.

Bei **Einkäufen** bitten wir unsere Parcipengenossen und Leser sich stets auf die Inserate in der „Volkstimme“ zu beziehen.

Lederhandlung
 Geegründ. 1861. Gebrüder Becker Teleph. 423.

Merseburg, Breitestr. 4.
Schulder- u. Oberleder-Ausschnitt.
Schuhmacher-Bedarfsartikel.
 Schäfte, Gummifelle.

Stadt-Theater
 Sonnabend u. Montag, abends 7 1/2, Uhr Gaspische des rusalischen Balletts. Inijts Zerlich. Sonntag nachm.: Flachsman's Erzieher. Sonntag abend: Der Corregdor.

Schluss der Anzeigennahme 9 Uhr.

Sozialdemokratische Partei (S.D.P.)
Büro für die Kandidaten-Erhebung. 69 (Gambirunstraße) Leipzig Nr. 536.
 Alle die Wahl betreffenden Anfragen (Aufhebung von Wahlmännern, Wahlkreis, Wahlzeit, etc.) sind bis zum 15. Februar zu richten.

Empfehle meine prima **Kautabak**, gute Beize, Rolle nur 1.60 Mark.
 Rich. Hennicke, Königstraße 5.

Margarine vorzüglich im Geschmack, Pfund 10⁰⁰ Mk.

Prima Landwurst Pfd. 20⁰⁰ u. 17⁰⁰ Mk.

Apfelmus, tafelfertig 640 2-Pfd.-Dose Mk.
 2- Pfd.-Dose Mk.

Pflaumen Früchte 650 2-Pfd.-Dose 650

W. Bloss, Leipziger Str. 5

Matratzen
 3 teile m. Jute, Feder, Dreieckige, per 1000 Gramm 15.00 Mk. an. 4, KRASONA mit Federstreifen per 1000 Gramm 18.00 Mk. an. 5, KRASONA mit Federstreifen per 1000 Gramm 20.00 Mk. an.

Wachswannen, Brühpfänder, Badewannen
 in nur dauerhafter, solider Handarbeit in großer Auswahl! Jeder wieder am Lager.

W. Schöler 21 Schillerstraße 21, direkt am Marktplatz.

Sollbathfürthental
 Köbeler Franzstr. 10, auch Telefonat, Sonn- und Feiertagen, Altona, S. Bismarckplatz, Gage!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Parteiverammlung.

Immer wieder hören wir, daß die Parteiverammlung...

Am 12. Februar, abends 8 Uhr, in Wisibors Gesellschaftshaus...

Freitag abends 6 Uhr Sitzung...

Freitag abends 8 Uhr, in Wisibors Gesellschaftshaus...

Freitag abends 7 Uhr in der „Saalschloßbrauerei“...

Freitag abends 7 Uhr im Jugendheim...

Aus dem Stadtrat.

am 11. Februar 1921.

Insident der Oberreal-Öffler für die deutschnationale Propaganda.

Vor einigen Tagen brachten wir eine Notiz über einen „be-...“

Es ist allgemein bekannt, daß Schüler der heiligen Adl. Ober-...“

Die Vorgänge in der Halleischen Zentralfeder des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes.

Unter dieser Überschrift bringt die Nr. 39 der „Roten Fahne“...

Ich darf ich unter Bekanntnis mit Industrieverband von den...“

Der preussische Kultusminister Konrad Haensch spricht

heute abend 8 Uhr in der „Saalschloßbrauerei“.

band der Hand- und Kopfarbeiter keine propagandistische Tätigkeit...“

„Die Vereinbarungen sind durchbrochen worden. Was in...“

„Sicht die ganze Sache nicht danach aus, daß ein Ungeheuer...“

„Gen. Döhl teilt uns die den fortgesetzten Angriffen der...“

„Die Begriffe „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ spielen...“

„Ein 15köpfiger Opernkomponist und Dichter, Adrian Becham...“

„Der neue Simphonienbau. Die Arbeiten an dem zweiten...“

„Im unvollständigen Zustand. Die folgende Erklärung...“

Warnung vor falschen Scheinbeweisen. Von dem jetzt zur Ausgabe gelangenden Scheinbeweisen...

Im Reform-Konventionen. Am Sonntag, den 13. Februar...

Stadtheater. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wird die...“

Stadtheater. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wird die...“

Stadtheater. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wird die...“

Stadtheater. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wird die...“

Stadtheater. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wird die...“

Kleines Skizzen.

Wischeran war es Aufgabe der geistlichen Entwicklung, die...“

Überhand Sprachdummheiten.

Die Begriffe „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ spielen...“

Ein 15köpfiger Opernkomponist und Dichter.

Adrian Becham, hat eine Oper: Der Kaufmann von Venedig...

Stadtheater.

Glaube und Heimat. Die Tragödie eines Hofes von Karl Schönherr...

Der neue Simphonienbau.

Die Arbeiten an dem zweiten Tunnel durch den Simphon sind vollendet...

Im unvollständigen Zustand.

Die folgende Erklärung ist bei der Besichtigung...



Wahlzeitung der SPD.

Agitationsblatt der Sozialdemokratischen Partei für den Großkampf- und Wahltag am 20. Februar.

Lesen und weitergeben

Ein deutscher Schicksalstag.

Schließlich ist es begrifflich, daß die Wähler mittraulich werden. Schließlich könnte der Spiegel doch glücken und Recht zu behalten, wenn er meint, um jede Wahl hätte es sich großen Lärm gegeben, aber wie immer sie ausgefallen, irgendeine sei es dann doch weiter gegangen, nur gewöhnlich nicht viel besser. Es gibt Schläger, die auch mit den härtesten Trompeten nicht wagt zu kriegen lind. Aber wer mit heißen Augen in die Welt schaut, der weiß längst was der Schicksalstag nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland bedeutet, und er wird keine zu arge Liebertreibung darin finden, wenn man

diesen Tag einen Schicksalstag nennt.

Die Reichsparteien hoffen, es werde ihnen an diesem Tage gelingen, die Sozialdemokratie aus der preussischen Regierung hinauszumerren. Daß in Berlin, in der Regierung des größten deutschen Bundesstaates, Sozialdemokraten als Minister sitzen, das hält sie für auf das empfindlichste in ihren Plänen. Daß das Reich eine Regierung ohne Sozialdemokraten hat, genügt ihnen nicht, sie wünschen für Preußen und das Reich Regierungen ohne die Sozialdemokratie. Ausgeschlossen wären in diesen Regierungen die Deutschen und die Deutschen Volksparteier, dem Zentrum und den Demokraten wäre erlaubt, die gesamtbürgerliche Front

gegen die Sozialdemokratie zu verovollständigen.

Der Erfolg dieses Planes bedeutet im Innern die Rückkehr zum alten Obrigkeitsstaat, nach außen die Verdrängung aller Vorkämpfer einer wieder aufwärtsführenden aussergewöhnlichen Politik.

So wir auf keinen Fall überleben wollen, so sagen wir nicht, daß ein Sieg der reaktionären Parteien eine unmittelbare Gefahr für die Republik mit sich bringen könnte. Es ist auf vergebliche Weise dafür gefordert, daß die Kräfte der Monarchisten nicht in den Himmel wachsen. Aber eine Republik, die von Monarchisten regiert ist, und in der die Republikaner in der Opposition sitzen, ist ohne Nutzen, Schein ohne Belohn und vom Schicksal dazu bestimmt, früher oder später zugrunde zu gehen.

In der Verwaltung, auf dem Gebiete des Schulwesens, überall würden die Fortschritte, die unserer Angelegenheit noch nicht so tümmlich erscheinen, sämtlich zunichte gemacht werden. Kein Beamter, der die Republik beschimpft und die Monarchie verherrlicht, würde jenseit nicht die mindesten Unannehmlichkeiten zu gewärtigen haben, dafür müßte jeder Beamte bereit sein, morgen aus dem Amte zu fliehen, wenn er bisher trotz zur Republik gehalten hat.

In sozialer Beziehung würde sich der Umchwung bald nicht weniger stark bemerkbar machen. Das Schicksal der Arbeiter würde auf der ganzen Linie triumphieren, in allen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern würde man die Behörden auf Seiten der ersten finden. Die Arbeiterklasse könnte dann manchen erlösenden, monotonen Sieg nicht einmal träumen. Ganz besonders die Landarbeiter, die sich unter der Regierung eines sozialdemokratischen Ministers zu gewerkschaftlicher Freiheit erheben konnten und nun bald wieder unter die alte Krante gebracht werden würde.

Soziale Kämpfe von noch nie erlebtem Umfang

wären die Folge. Die Arbeiterklasse würde aber diese Kämpfe nicht im Ängstlich, sondern in der Verteilung zu kämpfen. Von dem, was man heute Sozialkrieg nennt, wird dann längst nicht mehr die Rede.

Nach außen hat ein von der Reaktion beherrschtes Deutschland nichts anderes zu erwarten als eine neue Welle des Hasses und der Feindschaft. Alle Chauvinisten des Auslandes würden zugleich mit den unseren triumphieren, sie hätten dann Deutschland dort, wo sie es haben wollen. Denn für ein reaktionäres Deutschland würde sich keine Stimme mehr in der ganzen Welt erheben.

So haben die Dinge, und darum ist es begrifflich, daß jeder politisch Interessierte das Wahlergebn des 20. Februar mit der allergrößten Spannung erwartet. Es handelt sich darum, ob die Arbeiterklasse, die die deutsche Republik geschaffen hat, ihre letzte große Machtkämpfe, die in Preußen, Ostpreußen und erweitert, oder ob sie zu ihrer Aufgabe gewonnen werden kann. Der Kampf besteht zwischen den Reichsparteien und der Sozialdemokratie, zwischen ihnen wird sich der Wähler entscheiden. Wer keine Stimme anders abgibt, weiß nicht, worum es geht. Er weicht der Entscheidung aus und wirft seine Stimme weg.

Steuern soll der Arme zahlen.

Wähler merkt es euch!

Von der Deutschen Volkspartei werden dieser Tage folgende Schreiben an Parteimitglieder verandt:

Deutsche Volkspartei.

Orienteieren.

Tempel: Wlad 913. Berlin-Wilmersdorf, im Januar 1921.

Hohenzollernstrasse 183.

Sehr geehrtes Parteimitglied!

In den außerordentlich wichtigen Wahlen am 20. Februar für den preussischen Landtag beehrt die Partei Ihrer Hilfe. Wir bitten Sie dringend, dem Mann Ihres Wahlbezirks, Franz von Anlan, Rauschstraße 1, mitzuteilen, ob Sie bereit sind, Ihre Mitarbeit kommt besonders für die Verteilung von Flugblättern in der Zeit von Mitte Januar bis zum Wahltag in Frage und am Wahltag selbst für die Bekämpfung Ihres Wahlbezirks mit Postern. Wie Sie dies tun, wird, das ist Sache der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Steuerer ausgesprochen.

Die Geschäftsstelle.

Es gibt also tatsächlich eine Partei in Deutschland, die den Mut aufbringt, in bestimmter Form ihren Anhängern Steuerfreiheit zu gewähren. Und da die Vertragsbedingungen auch noch in der Kassa auf den Straßengängen, ist in alles vorbereitet. Aber sollte die Verarmung der führenden Mitglieder der Volkspartei, der Herren Stinnes, Böglers usw., soweit vorgeschritten sein, daß ihre Einnahmen nicht mehr die Mindestgrenze des Steuerpflichtigen Einkommens erreichen?

Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten gegen die Kriegsschuldigen.

Bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes (Titel Lotterienverwaltung) im November 1920 wurde von der sozialdemokratischen Fraktion ein Antrag gestellt, „jederwenn Lotteriennehmerleistungen sind für die Folge vorwiegend geeigneten bedürftigen Kriegsschuldigen und Verwundeten zu übertragen“. Alle bürgerlichen Parteien stimmten gegen diesen Antrag. Sie verlangten, daß das Wort „bedürftigen“ getilgt wird, um diese Stellen ausschließlich an ehemalige Offiziere vergeben zu können. Die bürgerlichen Abgeordneten haben die Ansprüche der kriegsschuldigen Mannschaften und Unteroffiziere zurückgewiesen. Merkt euch dies am 20. Februar!

Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Zentrum haben das Gebarmengesetz und die Mutterkassensätze.

Der Kreisliche Landtag hatte im Januar 1921 das Gebarmengesetz zu beraten, das eine Regelung des Hebammenwesens aber auch einen Fortschritt auf dem Gebiet der Mutterkassensätze bringen sollte. Täglich sterben 15 000 Mütter im Wochenbett und 40 000 Säuglinge bei der Geburt. Das Gebarmengesetz sollte nur den Armen und Kräftern, die nicht den gefüllten Geldbeutel haben, die Hilfe bringen, die unbedingt bei einer Geburt notwendig ist. Nach diesem Gesetz sollen alle Frauen ausreichend Geburtshilfe bekommen.

In dieser Hinsicht leben nun die Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und das Zentrum eine Unterdrückung der freien Hebammenarbeit, eine Sozialkammer des Hebammenwesens. Dies ist durchaus nicht der Fall. Allerdings wollen wir den Hebammenberuf der Gebarmen abschaffen, damit der Hebammenberuf Hauptberuf wird, weil eine Übertragung von Krankheiten durch den Hebammenberuf auf die Wöchnerinnen im Interesse der Wöchnerinnen unterbunden wird. Wenn auch nicht alle Wünsche in der Gesetzesvorlage erfüllt sind, so bedeutet es doch einen Fortschritt auf dem Gebiet der Mutterkassensätze, eine wirtschaftliche Sicherstellung der Hebammen zur Erhaltung von Mutter und Kind.

Frauen merkt euch, die Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und das Zentrum haben das Gesetz zu Fall gebracht. Wählt am 20. Februar sozialdemokratisch!

Die Arbeit des Herrn Dreibusch im Kreistage des Saaltreies.

Die Kommunisten haben für die Kreistagsarbeiten im Saaltreie wieder ihren Herrn Dreibusch als Bewerber an erste Stelle gesetzt. Ihm folgt sein getreuer Pudel Wolff (Amendort). Da die Kommunisten in Wort und Schrift maßlos übertrieben verfahren, so seien die wahren Vertreter des Gemeinwohls und insbesondere ihr Herr Dreibusch der Held, der im Saaltreie Ordnung, Recht und Freiheit schaffen und mit dem ihm verhassten Landrat fertig werde, lohnt es sich, ihn und seinen Freunde Witten im Kreistage zu betrachten. Herr Dreibusch als Person spielt dabei keine Rolle; denn dazu ist er nach allen Rechnungen zu unbedeutend. Ein Mann wie er, der noch im Dezember 1918 gesagt hat, er wisse noch nicht, welcher Partei er sich anschließen werde, ein Mann, der bis zur Revolution den Gebarmen auswichen war, der in allen den letzten Kämpfen der Arbeiterklasse den Krieg durch andere die Kassen für sich aus dem Feuer holen ließ, kann von keinem anderen, ernstlichen Arbeiter für voll genommen werden, trotz ihrer Fröhlichkeit und Selbstbeweihräucherung. Als Führer der früher unabhängigen, jetzt kommunistischen Fraktion im Kreistage, hat er auf alle Brighitter, die nicht zu seiner Partei gehören, den Eindruck eines Vorkämpfers gemacht, hinter dem weder festes Wissen noch festes Können oder ernste Tatkraft steht, der vielmehr nur auf die Zahl seiner Gefolgsleute und seine Grobpropaganda für bessere Gründe hält. Für den Beobachter war es immer ein Genus zu sehen, wie leicht und schnell er, wenn es zum gegenseitigen Ringen kam, in den Sand gestürzt wurde. Als Person ist also Herr Dreibusch ebenso unbedeutend wie unbedeutend. Aber als anerkannter Führer der Kommunisten würde er im neuen Kreistage wieder eine hervorragende Stelle einnehmen, da er haben die Wähler des Saaltreies ein Recht zu erfahren, was er die Stelle ausüben würde.

Da muß gesagt werden, daß Herr Dr. alle Fragen nur vom engstirnigsten Parteipunkt aus betrachtet. Jede Partei hat selbstverständlich das Recht, sogar die Pflicht, ihre Ideen zur Geltung zu bringen. Aber Herr Dr. darf so tief sich dagegen nicht legen. Aber er mißachtet sein Amt, um in der Partei oder einzelnen Parteimitgliedern materielle Vorteile zu verschaffen. Hoff alle Konklusionen, die zwischen den Dreibuschleuten und dem Landrat G. Thiele ausgeprochen sind, würden davon her, daß letzterer unbedeutend dem Mißbrauch entgegengetreten ist. So beantragte Dreibusch, alle amtlichen Betannungen dürfen gegen Verabreichung in „Volksblatt“ veröffentlicht werden. Es wurde ihm nachgegeben, daß das nicht angeht, weil das „Volksblatt“ in rund 50 Gemeinden und Ortsbezirken des Saaltreies nicht gelesen werde, die Bekanntmachungen demnach ihren Zweck, allgemein bekannt zu werden, nicht erfüllen würden. Da sprach Herr Dreibusch (Könnern), damals noch ein Freund des Dreibusch, und donnerte los: „Zamoh! Wir wollen durch den Beschluß dem „Volksblatt“ neue Abonnenten zu-

führen und für unsere Partei agitatorisch wirken.“ Der Vorsitzende war besoffen genug, dieses Beschlusses einer ledigen Seele festzusetzen.

Genau war es mit der Fortsetzung der Arbeit. Die Herren meinten, daß der Oberpräsident das verboten hätte. Trotzdem beschloß die Fortsetzung. Und als der Vorsitzende diesen Beschluß beanstandete, erhob Herr Dreibusch einen förmlichen Einspruch und sprengte die Sitzung. Daraus erwuchs dem Kreise ein Schaden von mehr als tausend Mark. Das hat Herr Dr. auch noch ein zweites Mal fertiggebracht.

Ganz besonders unangenehm war es in den öffentlichen Sitzungen des Kreistages, daß Herr Dreibusch alles so geschäftig persönlich ausführte. Dem Publikum wurde immer wieder die Überzeugung aufgedrungen, daß Herr Dreibusch alles so geschäftig zu tun war, sondern daß er nur den Vorliegenden persönlich treffen wollte. Da er damit regelmäßig abfiel, konnte seine Arbeit schließlich keine Grenze mehr, was ihn zu den dümmsten Streichen verleitet. So betrat der Kreistag am 15. Juni über den Kreisverband. Der Vorsitzende gab zu verstehen die notwendigen Beschlüsse nicht erheben. Als abends zum Ausschussung kam, stimmte Herr Dreibusch mit allen seinen Freunden ab, die dem Ausschussung nichts übrig, als die Sitzung zu schließen, da es sinnlos sei, über Ausgaben beraten zu wollen, wenn keine Einnahmen bewilligt sind. Herr Dr. hatte sich wieder einmal als „Führer“ blamiert. Aber das hat er nicht ein, sondern Schmidt, wenn er eine Dummheit gemacht hat, sind immer die anderen Schuld.

In der nächsten Sitzung, am 20. Juni, konnte Herr Dr. auch anders. Da hat er die Einnahmen bewilligt, die er vierzehn Tage vorher abgelehnt hat. Wenn man sich das Verhalten des Herrn Dr. vergegenwärtigt, kommt man zu dem Schluß, er sei wohl nicht, was er will, er will nur jammern. Seit dem September ist er in seine Sitzung mehr gekommen, weil er wiederum einmal den Kürzeren gezogen hatte. Er wollte einen seiner Parteifreunde in eine bestimmte Stelle bei der Sparte bringen, obwohl er da gar nicht hineingehört und der Betriebsrat einen Dienstleiter vorgeschlagen hatte. Als der Vorsitzende das erklärte, hat Herr Dreibusch ihn in größter Weise beschimpft und ist dann fortgegangen. Seitdem ist er in seine Sitzung mehr gekommen. Wie seine eigenen Freunde über ihn denken, zeigt der Ausdruck eines Briefchens: „Wären wir doch erst Herr Kreistag!“

Die Wähler des Saaltreies können einem solchen Manne keine entscheidende Stelle im Kreistage einräumen. Wenn die Kommunisten nicht einen besseren Vertreter als Führer haben, dann mögen sie einpicken. Der Kreis verlangt fruchtbarer Arbeit, keine hohlgängigen Phrasen, die sich einbilden, die Welt müsse sich um sie drehen.

In seiner eigenen Gemeinde hat Herr Dr. bereits abgemirtschaftet. Nur durch Zufall hat seine Partei bei der letzten Vertretungswahl 8 von 15 Mandaten erhalten. Wären jetzt gegenwärtige Wählergruppen vorhanden, so wären nur 7 Kommunisten gewählt und die Herrlichkeit des Herrn Dr. als Gemeindeführer wäre zu Ende gewesen. Herr Dr. tennn nur sein Recht und seine Freiheit. Wie er Recht und Freiheit der anderen wehrt, davon wissen seine Mitbürger ein Liedchen zu singen. Er, der Revolutionär, ist ein kleiner Tyrann von Wittenburg, nichts weiter. Es ist kaum zu begreifen, daß die älteren Arbeiter ihn nicht längst durchschaut und mit aller Eile gemorden haben, wogegen er gehört. Gehört er sich noch seinen Freunden hat zum Landrat nachzulaufen lassen, ist ihm der Kamm vollends geschnitten.

Die Wähler des Saaltreies werden dafür sorgen, daß Herr Dreibusch im neuen Kreistage nicht mehr über eine Mehrheit verfügt.

Zeitgemäße Betrachtungen.

„Du Staat müßen wir werden!“ sagte Wilhelm, der sich er nach Holland.

„Wie nahmen unsere Front planmäßig in eine vorbereitete Stellung rücken“ meinte die Herrensleitung im Dezember 1918, da hatte sie Hunderte von Geiseln im Hofeswalde bei Serzuz nachgelassen lassen, ist über 10 000 Geiseln verloren.

„Wir reichen den Händen die Friedenshand!“ sagte die Regierung, da erklärte sie den U-Boot-Krieg.

„Die Amerikaner können nicht lügen und nicht schwimmen!“ sagte der bismarckianische Heizer, da fanden 2 Mill. oben amerikanische Soldaten mit ungeschlagenen Lanzen in Frankreich.

„Die Stimmung der Truppen ist ungesund!“ schrieb der Kriegsberichterstatter, da spritzte er beim Einsteigen des Armees-Ober-Kommandos.

„Alles Silber dem Vaterland!“ brüllten die Patrioten, da brachten sie es im Frühjahr 1920 schmutzige angehepelt, als es 5 Mark für die Silbermark gab.

„Wir müssen durch Arbeit das Vaterland wieder hochbringen!“ sagte ein Fabrikant, da ließ er für 1200 Mark Schnaps und Klöße kaufen.

„Es sind härtere Zeiten“, sagten die Unternehmer, da bekam einer ein Keilhack als Geburtstagsgeschenk.

„Wir schaffen Arbeit und Brot!“ sagte die bürgerliche Regierung, da gab es eine Million Arbeitslose und die Kartoffeln kosteten 35 Mark pro Zentner.

„Wir werden einmal deutsch mit unseren Feinden reden“, sagten die Verbesserten, da kamen sie recht kleinlaut von Spa zurück.

„Die hohen Löhne sind unser Ruin“, sagte die Arbeiter-Gesellschaft, da verteilte sie 30 Prozent Dividende und Gratifikationen.

„Die Sozialdemokraten sind parteilose Geister“, sagten die Herr-aten da bieten die Arbeiter 4 Jahre lang die Front.

„Mit Gott für Kaiser und Reich!“ sagte ein Patriot, da ließ er sich unanständig erklären.

„Die Revolution hat die Front erdolcht“, sagte ein anderer, da hätte er während des ganzen Krieges in der Cappe geblieben.

„Die Arbeiter sabotieren den Steuerzahler“, lachten die Kapitalisten, da haben sie 82 Millionen ins Ausland geschickt.

„Wo und Wahn wehen das Reich durch die hohen Schächter in den Abgrund“, lobten Preise und Unternehmer, die waren Apokalypse und Wagnis im Milliardenwerte durch den Krieg vernichtet worden.

„Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser!“ sagte Wilhelm, und da stieg uns das Wasser bis an den Hals — — —
Nach Belieben fortzuliegen. S. W. Postkretär.

Zur Geld in Deinen Beutel.

Schon neulich ging das Gerücht, daß die kein bürgerliche Regierung das deutsche Volk mit „empfindlichen“ neuen indirekten Steuern belegen werde. Jetzt wird d. r. Schiefer des Steuergeheimnisses ein klein wenig gelappt.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, liegt zur Deutung des durch die Erhöhung der Beamtengehälter entstandenen Fehlbetrages im Reichshaushaltsetat durch indirekte Steuern ein Entwurf vor, der die Erhöhung der Zucksteuer von 14 auf 100 Mark pro Doppelzentner vorsieht. Außerdem befinden sich Entwürfe in Ausarbeitung, die eine Erhöhung der Branntweinsteuer, der Reichstempelsteuer, des Verzehrsstempels, des Zehnjahrestempels und die Einführung einer Verzehrs-umsatzsteuer vorsehen. Ferner wird an die Erhöhung der Umlagesteuer und der Kohlensteuer gegangen.

Die Zucksteuer soll also von 7 auf 50 Pfg. für das Pfund erhöht werden. Dazu die Umlagesteuer, wobei das Viehsteuern, um das die übrigen Steuern erhöht werden sollen, herabzusenken noch tiefes Schwimmen. Es stehen ja Wahlen vor der Tür.

Wir befürchten, daß, wenn die Steuerpläne erst in ihrem ganzen Umfange bekannt werden, den Steuerzahlern die Augen übergehen werden. Und bezahlen müssen sie, denn

Die Stimmzettel des wertfähigen Volkes sehen wir so folgt aus und können zu allen Wahlen verwendet werden.

Landtag — Kreis — Provinz

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
(S. P. D.)

in Bezug auf die indirekten Steuern heißt es mit Recht: „Jahlt oder nicht!“ Nur der Reiche jahlt nicht, wie oben zu sehen ist. Vorsatzrecht, daß die Wähler ihr nicht einen Strich durch die Rechnung machen und feststabil demokratisch wählen.

Wahlvorschlag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (S. P. D.) zur Neuwahl des Kreisrates für den Saalkreis.

Kenntwort des Wahlvorschlages:

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.)
- | | | | |
|---------------|-----------|---------------|------------|
| 1. Obermann | Witold | Schloffer | Ammendorf |
| 2. Keitel | Otto | Näckerstr. | Wittenberg |
| 3. Schäfer | Karl | Polischaffner | Wittenberg |
| 4. Schäfer | Karl | Gärtner | Wittenberg |
| 5. Weiskämper | Karl | Amisvorsteher | Wittenberg |
| 6. Krüger | Hugust | Terenz | Wittenberg |
| 7. Gerlach | Marie | Cherlau | Wittenberg |
| 8. Kuntze | Josef | Bergarbeiter | Wittenberg |
| 9. Albrecht | Franz | Landarbeiter | Wittenberg |
| 10. Friedrich | Otto | Polischaffner | Wittenberg |
| 11. Wöhrel | Dieterich | Gemeindebes. | Wittenberg |
| 12. Heisel | Karl | Bergarbeiter | Wittenberg |
| 13. Orlich | Karl | Amisvorsteher | Wittenberg |
| 14. Hennicke | Friedrich | Verwalter | Wittenberg |
| 15. Weismann | Albert | Bergarbeiter | Wittenberg |
| 16. Suppe | Walter | Arbeiter | Wittenberg |
| 17. Kuntze | Hermann | Schloffer | Wittenberg |
| 18. Heinemann | Hermann | Schloffer | Wittenberg |
| 19. Weber | Friedrich | Arbeiter | Wittenberg |
| 20. Wenzel | Margarete | Cherlau | Wittenberg |
| 21. Richter | Friedrich | Landwirt | Wittenberg |
| 22. Sommer | Martha | Cherlau | Wittenberg |
| 23. Albert | Hermann | Arbeiter | Wittenberg |
| 24. Heimle | Friedrich | Arbeiter | Wittenberg |
| 25. Saalmann | Hermann | Landwirt | Wittenberg |
| 26. Jöbel | Udo | Cherlau | Wittenberg |

Wahlvorschlag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (S. P. D.) für den Provinziallandtag der Provinz Sachsen.

Kenntwort des Wahlvorschlages:

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.)
- | | | | |
|-----------|---------|--------------------|-----------|
| 1. Thiele | Hof | Sondrot | Halle |
| 2. Garbe | Hermann | Direkt.-m.d.R. | Halle |
| 3. Berg | Hugust | Landesobersekretär | Merseburg |

- | | | | |
|----------------|-----------|--------------------------|--------------|
| 4. Bogl | Mag | Sondrot | Lebenwerda |
| 5. Lebbin | Emil | Gewerlich-Beamer | Wittenberg |
| 6. Runemann | Hermann | Eisenbahn-oberassistent | Halle |
| 7. Strauß | Witold | Schriftf. Bergsch.-Zugl. | Wittenberg |
| 8. Hennicke | Otto | Witold | Wittenberg |
| 9. Trank | Kölar | Lehrer | Sangerhausen |
| 10. Winkler | Hugust | Assistent | Naumburg |
| 11. Wiegand | Mag | Kassierer | Wittenberg |
| 12. Dörfer | Otto | Zähler | Wittenberg |
| 13. Heinemann | Alfred | Bis.-Fabrik. | Lützen |
| 14. Klose | Herbert | Rechtsanw. | Wittenberg |
| 15. Lange | Ferdinand | Landwirt | Wittenberg |
| 16. Schulmann | Georg | Landarb. | Wittenberg |
| 17. Jed | Theodor | Lehrer | Wittenberg |
| 18. Albrecht | Witold | Kassenverw. | Wittenberg |
| 19. Mannke | Friedrich | Rechtsanw. | Wittenberg |
| 20. Wiedner | Emil | Maler | Wittenberg |
| 21. Weig | Ernst | Lehrer | Wittenberg |
| 22. Udenich | Eda | Lehrer | Wittenberg |
| 23. Seifert | Kölar | Lehrer | Wittenberg |
| 24. Schulze | Karl | Lehrer | Wittenberg |
| 25. Trieb | Otto | Landwirt | Wittenberg |
| 26. Brunert | Otto | Zähler | Wittenberg |
| 27. Simon | Karl | Bergarbeiter | Wittenberg |
| 28. Beyer | Emil | Wider | Wittenberg |
| 29. Wehler | Karl | Bermeister | Wittenberg |
| 30. Heß | Reinhold | Fabrikier | Wittenberg |
| 31. Trunzer | Hermann | Eisenbahn-unterass. | Wittenberg |
| 32. Schneemann | Witold | Zugführer | Wittenberg |
| 33. Dahn | Mag | Kol.-Führer | Wittenberg |
| 34. Richter | Walter | Feilenhauer | Wittenberg |
| 35. Werner | Onof | Rechtsanw. | Wittenberg |
| 36. Meyer | Witold | Bürgermeist. | Wittenberg |
| 37. Wänzer | Witold | Rechtsanw. | Wittenberg |
| 38. Schüller | Kurt | Rechtsanw. | Wittenberg |
| 39. Bach | Emma | Rechtsanw. | Wittenberg |
| 40. Vogel | Fritz | Rechtsanw. | Wittenberg |
| 41. Penze | Otto | Rechtsanw. | Wittenberg |
| 42. Kämpf | Karl | Rechtsanw. | Wittenberg |
| 43. Müller | Albert | Rechtsanw. | Wittenberg |
| 44. Wilm | Emil | Lehrer | Wittenberg |
| 45. Frischhorn | Hugust | Schloffer | Wittenberg |

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Tümmel (Halle).

Öffentliche Wählerversammlungen der S. P. D.

im Unterbezirk I. Halle, Saalkreis, Delitzsch, Bitterfeld.

Thema: Der Großwahltag am 20. Februar und die S. P. D.

Am Freitag, den 11. Februar.

Halle abends 8 Uhr in der Saalkloßbrauerei.

Am Sonnabend, den 12. Februar.

- | | | |
|------------|--------------|--------------------------------|
| Etumsdorf | abends 8 Uhr | |
| Wettin | " 8 " | im „Gasthof Preußischer Hof“. |
| Lebensdorf | " 8 " | |
| Gröbers | " 8 " | im Bahnhofs-Restaurant. |
| Landesberg | " 8 " | |
| Delitzsch | " 8 " | im Gasthof „Zur grünen Tanne“. |
| Spröda | " 8 " | |

Am Sonntag, den 13. Februar.

- | | | |
|--------------------|--------------|-------------------------------|
| Eilenburg | vorm. 10 Uhr | in der Stadthalle |
| Delitzsch | nachm. 2 " | im „Schützenhaus“ |
| Brehma | " 3 " | |
| Gleien | " 3 " | |
| Grünitz | " 3 " | |
| Löbbitz | " 3 " | |
| Wörlitz | " 3 " | |
| Modulau | " 3 " | |
| Tschirn b. Könnern | abends 7 " | |
| Hrodau | " 7 " | |
| Dobeneffig | " 7 " | |
| Dobenehna | " 7 " | |
| Ritzen | nachm. 3 " | |
| Strau | " 3 " | im Gasthof „Rischbaum“ |
| Löbbitz | " 3 " | im Gasthof „Zum Schwan“ |
| Kaltenmarkt | abends 7 " | im Gasthof „Zur grünen Tanne“ |
| Naundorf | nachm. 3 " | im Gasthof Franz |
| Naundorf | " 8 " | |

Am Sonntag, den 13. Februar.

- | | | |
|-------------|--------------|------------------|
| Lannewitz | abends 7 Uhr | |
| Grö.-Mühlau | nachm. 4 " | |
| Hoheneck | nachm. 3 " | |
| Weddich | " 2 " | im Gasthof Nagel |

Am Montag, den 14. Februar.

- | | | |
|------------|--------------|------------------------------|
| Wolken | abends 8 Uhr | |
| Halle | " 8 " | im „Wintergarten“. |
| Bitterfeld | " 8 " | |
| Ammendorf | " 8 " | im Gasthof „Goldener Adler“. |

Am Dienstag, den 15. Februar.

Reitzsch abends 8 Uhr Gasthof Kloppe.

Am Mittwoch, den 16. Februar.

- | | | |
|------------|------------------|----------------|
| Hohenthurm | abends 7 1/2 Uhr | Gasthof Göhre. |
| Biester | " 7 1/2 " | |

Am Donnerstag, den 17. Februar.

- | | | |
|------------|--------------|----------------------------------|
| Storkowitz | abends 8 Uhr | im alten Gasthof. |
| Halle | " 8 " | im „Walden’s Gesellschaftshaus“. |
| Delitzsch | " 8 " | im „Schützenhaus“. |
| Diemitz | " 7 " | im „Gesellschaftshaus“. |

Am Freitag, den 18. Februar.

- | | | |
|-----------|--------------|-------------------------------|
| Könnern | abends 8 Uhr | „Café National“. |
| Gröba | " 8 " | im „Weißen Hof“. |
| Delitzsch | " " | „Gasthof zur grünen Tanne“. |
| Ammendorf | " " | „Gasthof zum Goldenen Adler“. |

In diesen Versammlungen werden referieren, die Genossen:

- Konrad Hänisch, Waentig, Garbe sen, Krüger, M. d. R. v. Hollenfer-Rypke, Frau Eva Bäcker, Graf-Leipzig, Paus-Deffau, Thiele Drescher, Tümmel, Garbe jun., Langke, Vogel, Fiedler, Flucht, Frau Köpfer, Hesse, Udenich, Schuber, Edel, Schmidt-Gröbers, Wenzel, Lebbin, Wiegand und Strauß.

Wählerinnen und Wähler erscheint in Massen!

Die Kreis-, Provinzial- und Landtagswahlen sind die wichtigsten Vertretungen des werktätigen Volkes.

Die Wählerin

Blätter zum Wahlkampf in Preußen

Weißt Du schon?

- Weißt Du schon,** daß Deutschland über 3 Millionen Kriegswaisen hat?
- Weißt Du schon,** daß sich noch 45 000 Kriegsbeschädigte in Casarellen befinden?
- Weißt Du schon,** daß wir 1917 einen guten Frieden haben konnten, die Ludendorffs aber nicht wollten?
- Weißt Du schon,** daß die Generale Ludendorff und Hoffmann heute die Entente anbeteln, um gegen Rußland zu kämpfen?
- Weißt Du schon,** daß alle Kapp-Putsch-Führer straflos ausgegangen sind?
- Weißt Du schon,** daß noch nichts sozialisiert ist, trotz den Versprechungen der bürgerlichen Reichsregierung?
- Weißt Du schon,** daß der Deutsch Volksparteiler Sinnes viele Zeitungen aufkauft, um Dich zu bekämpfen?
- Weißt Du schon,** daß das Brot noch teurer werden soll durch die bürgerliche Regierung?
- Weißt Du schon,** daß der Achtkundentag durch die Sozialdemokratie eingeführt wurde?
- Weißt Du schon,** daß die Gewerbeordnung durch die Sozialdemokratie aufgehoben wurde?
- Weißt Du schon,** daß das Frauenwahlrecht und vieles andere nur der Sozialdemokratie zu danken ist?

Wenn Sie dies alles bekannt ist, so darfst Du am 20. Februar nur sozialdemokratisch wählen!

Erst wägen, dann wählen!

Von Johanna Reiche, M.D.R.

Durch die Verletzung des Wahlrechts an die Frauen ist ihr Kurswert beträchtlich gestiegen. Alle Parteien bemühen sich heute um die Stimmen der Wählerinnen, insbesondere die Parteien, die bisher das weibliche Geschlecht in der Gesetzgebung sowohl wie auch im öffentlichen Leben stark benachteiligt und unterdrückt haben. Jetzt verkörpern auch die Frauenstimmen eine Macht, der jede politische Partei zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Ziele bedarf. Darum das heiße Werben um die Stimme der Wählerin, das uns Frauen zur Vorsicht und zum Nachdenken veranlassen sollte.

Die Steuerfrage muß besonders genau geprüft werden.

Vor der Revolution hat das deutsche Reich seine Einnahmen vornehmlich aus Zöllen und indirekten Steuern bezogen. Aber während des Krieges machte sich ein Rückgang der Einnahmen bemerkbar. Durch den verschärften U-Boot-Krieg wurde die Blockade über Deutschland verhängt, die eine verringerte Einfuhr von Waren, die mit Zöllen belegt waren, mit sich brachte. Die Zolleinnahmen mußten sich somit automatisch verringern. Mit der Umstellung des Konsums folgte ein weiterer Ausfall der Reichseinnahmen. Die Rohstoffe, die sonst der Herstellung von Bier und Branntwein dienten, mußten als Nahrungsmittel verwandt werden. Der Zucker wurde rationiert. Also veränderten sich schon während des Krieges die Einnahmen, und demgegenüber entwickelten sich ungeheure vermehrte Ausgaben. Die Schuldenwirtschaft mußte immer größer und umfangreicher werden, weil der damalige Reichsfinanzminister Helfferich, der jetzige Führer der Deutschnationalen Volkspartei, die Besteuerung des Besitzes nicht wollte und auch die Kriegsgewinne nur ganz zaghaft steuerlich belastete.

Die Erhebung direkter Steuern war bis zum April 1920 Sache der Länder und der Gemeinden. Die Steuer-

scheu der Besitzenden kam so recht zum Ausdruck in der Verlegung ihres Wohnortes in solche Gemeinden, die nur geringe Steuern erhoben. Der Steuerflucht der Besitzenden ist nun Einhalt geboten durch die Uebertragung der Steuerlasten auf das Reich, dessen Steuerbedarf infolge der Kriegshoheit und der Erfüllung der Friedensbedingungen außerordentlich groß ist. Daher konnte auch die verfassungsgebende Nationalversammlung die früher erhobenen indirekten Steuern nicht entbehren. Sie hat aber neben vielen anderen Steuern zum ersten Male eine Besitzsteuer geschaffen, die vom Tage ihrer Geburt an von den Vertretern des Besitzes stark bekämpft wird, trotzdem die Einziehung sehr schleppend vor sich geht. Das Streben der bürgerlichen Parteien geht nun dahin, einen Abbau der Besitzsteuern herbeizuführen. Diese Steuerdrückebergerei muß den stärksten Widerspruch der Wählerinnen breiter Volksschichten auslösen.

Was ist die Folge einer Lockerung der Besitzsteuern? Es bedeutet einen Ausfall notwendiger Einnahmen, die in den Reichsfädel fließen sollten. Um aber den Hunger des Reiches nach Geld zu stillen, müssen andere Mittel gesucht werden, denen die Wunderkraft der Sättigung innewohnt. Dieses Suchen nach neuen Steuerquellen macht den rechtsstehenden Parteien keine Kopfschmerzen. Ihrer Meinung nach sind die indirekten Steuern weniger schmerzhaft für die große Masse der Steuerzahler, und so hat man schon ein ganzes Bündel indirekter Steuern in Bereitschaft, das erst nach den Wahlen dem Volke präsentiert werden soll.

Frauen und Mütter! Nach den bekannt gewordenen Steuerplänen sieht den Haushaltungen eine abermalige große Belastung bevor. So soll ein Doppelzentner Zucker mit 100 M. indirekter Steuer belegt werden. Während jetzt auf 1 Pfund Zucker eine indirekte Steuer von 7 Pf. ruht, soll sie auf 50 Pf. heraufgesetzt werden. Schon einmal tag der gesetzgebenden Körperschaft in Weimar ein Regierungsentwurf vor, der eine Steigerung der Zuckersteuer von 7 Pf. auf 11 Pf. für das Pfund vorsah. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte rundweg ab und so fiel der Entwurf ohne Beratung unter den Tisch. Außer der Verkürzung des Zuckers will man die ohnehin schon hohe Kohlensteuer beträchtlich erhöhen und ebenfalls die Umsatzsteuer verschärfen. Es liegt auf der Hand, daß bei Bewirklichung dieser Steuerpläne die Lebenshaltung der breiten Masse erheblich verteuert wird, da es sich ja um Gegenstände des täglichen Bedarfs handelt. Ob eine Brotvertuerung verhindert werden kann, ist nach den vorliegenden Meldungen zum mindesten sehr zweifelhaft. Die Reichswohnungsteuer, die im Laufe des Jahres kommen wird, bringt uns eine nicht unwesentliche Steigerung der Wohnungsmieten.

Die Sozialdemokratie will die Steuerfrage nach Gerechtigkeitsgründen, d. h. nach sozialen Gesichtspunkten regeln. Danach müssen die tragfähigen Schultern am meisten zu den Steuerlasten herangezogen werden. Vor allen Dingen der Besitz.

Wählerinnen! Am 20. Februar sollt Ihr durch die Abgabe eines Stimmzettels mit über die wichtigsten Fragen Eurer eigenen Zukunft entscheiden. Die Reaktion erhofft von dem Ausfall der Wahlen eine weitere Verstärkung ihres ohnehin schon starken Einflusses in der Gesetzgebung und Bewirkung, was gleichbedeutend wäre mit der Bewirkung der oben angedeuteten Steuerpläne. Von der jeweiligen Macht der Sozialdemokratie wird auch die Regelung der kommenden verschärften Steuer Gesetzgebung abhängig sein. Darum:

Wählt sozialdemokratisch!

Die neuen Crispine.

Die alten Pfaffen, die laß ich in Ruh,
Die stahlen doch noch den Reichen das Leder
Und stifteten den Armen damit die Schuh.
Doch mit den heutigen bleibt mir zu Haus;
Ob auf der Kanzel, ob auf dem Katheder,
Ein umgekehrter Crispin ist ein jeder:
Zwar haben sie nicht verlernt das Gemaus —
Doch stehlen sie jetzt den Armen das Leder
Und machen den Reichen n Schuhe daraus.

Ludwig Plau.

Haushalt und Preisrevolution.

Schon seit dem letzten Kriegsjahre, als Lebensmittel und rationierte Bedarfsartikel, wie Kleidung und Schuhe, immer knapper wurden und der Schleichhandel ständig weiter um sich griff, spürt die Hausfrau an eigenem Leibe an der verteuerten Lebenshaltung die Erscheinung, die man volkswirtschaftlich als Preisrevolution zu bezeichnen pflegt. Alle Warenpreise steigen, manchmal langsam, hier und da sogar unter Rückschlägen, zeitweilig aber sprunghaft und unaufhaltbar. Da die Lebenshaltungskosten sich in letzter Zeit etwa auf das Zwölffache der Vorkriegszeit erhöht haben, Löhne und Gehälter aber nirgends mehr als auf das Achtfache gestiegen sind — meistens noch viel weniger —, spiegelt sich in diesen Zahlen das wirtschaftliche Elend, in dem heute die weitaus überwiegende Mehrzahl des Volkes lebt. Das Wirtschaftsgeld der Hausfrau reicht bei Arbeitern und Festbesoldeten meist kaum aus, um den dringendsten Lebensbedarf einzukaufen. Ein Ersatz der nötigen Kleidung und Wäsche kommt für viele gar nicht, für viele nur in geringem Umfange in Frage. Ziehen aber die Preise wieder scharf an, so werden Lohnbewegungen nötig, um von den Unternehmern eine Aufbesserung der Löhne und Gehälter zu erreichen. Selten haben sie sofort Erfolg. Es treten Lohnkämpfe ein, die Tage und Wochen gänzlichen Lohnausfalls bringen. Selbst wo kein Streik ausbricht, wie oft bei Angestellten und Beamten, wird die Lohnaufbesserung so lange hinausgezögert, daß ein Teil von ihr schon verzehrt ist, ehe sie ausgezahlt wird.

So liegen die Dinge heute. Dabei ist es nur

ein Ausschnitt aus dem Bild des Elends.

Zu bitterster Not kommt es, wenn, wie ein letzter Zeit, anstatt der nötigen Lohnaufbesserungen noch eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, weil die Industrie nicht mehr genügend Beschäftigung bietet. Hunger und Krankheit, Sorge und Unzufriedenheit reifen dann überall ein.

Das, was der Einzelhaushalt so zu spüren bekommt, wird auch von der Wirtschaftsforschung an Hand von Zahlen dauernd beobachtet. Die Großhandelspreise der wichtigsten Waren sind nach einwandfreien Berechnungen von Mitte 1914 bis Ende 1920 auf das Fünizehnfache gestiegen. Im Großhandel kann man also sagen, ist heute für eine Mark nur noch soviel zu kaufen, wie man vor dem Kriege für 6 Pfennige kaufen konnte. Wenn wir oben feststellten, daß die Lebenshaltung nicht in demselben Umfange gesunken ist, in dem man heute für eine Mark noch soviel bekommt, wie vor dem Kriege für 8 bis 9 Pfennige, so liegt das vor allem daran, daß durch die Mieterschutzgesetzgebung, einem unbefristeten Verdienst der Sozialdemokratie, die Mietpreise sich nicht so stark aufwärts bewegt haben. Bei allen diesen Angaben handelt es sich ja um Durchschnittsberechnungen. So sind die Mietpreise nur auf das 1,30fache des Friedenspreises gestiegen, während die übrigen Waren im allgemeinen das 10- bis 25fache des Vorkriegenspreises kosten.

Diese Entwertung des Geldes wird von der reaktionären Propaganda gern der „roten Regierung“ in die Schuhe geschoben. Man verschweigt dabei die Hauptfache, nämlich, daß die Zunahme des Papiergeldes und das Anwachsen der Staatsschulden eine Folge des verlorenen Krieges ist, den die Deutschnationalen und die Volksparteier gewollt und nicht rechtzeitig durch einen Verständigungsfrieden abgebrochen haben.

Aber nehmen wir selbst einmal an, daß die Redensarten, die die Rechtsparteien vor der Reichstagswahl im Wahlkampf so gern gebrauchten, wahr wären; damals versprach man ja, mit dem „roten Unfug“ sobald als möglich aufzuräumen und dem Bürger mit noch größerem Nachdruck entgegenzutreten.

Dafür ist die bürgerliche Regierung, die seit den Reichstagswahlen am Ruder ist, den Beweis schuldig geblieben.

Die Preise sind dauernd weiter gestiegen.

Der Ernährungsminister in der bürgerlichen Koalitionsregierung Hermes hat ein Gebiet nach dem anderen von den „Ketten der Zwangswirtschaft“ befreit. Der Erfolg war, daß zwar die Karten fortfielen, daß aber die Preise scharf in die Höhe gingen. Jetzt foraten die hohen Preise scharfer als vorher die Rationierungsvor-

schriften dafür, daß keiner zuviel Fleisch aß, der nicht über die genügenden Geldmittel verfügte. Die Kartoffeln sind im Laufe des Jahres auf das Doppelte und Dreifache gestiegen, dabei ist ihre Qualität auch nicht besser als zur Zeit der Zwangswirtschaft. Der Statistiker Dr. Kuczynski hat die Preisveränderungen gegenüber dem Vorkriegsstand sorgfältig verzeichnet. Seinen Angaben entnehmen wir folgende Ziffern:

Wenn der Preis einer Ware vor dem Kriege gleich 1 gesetzt wird, so kosteten

	Brot	Zucker	Butter	Gas	Milch
April 1920	5½	6	12	8	9
Dezember 1920	10	15	14	10	9
	Margarine	Kartoffeln	Schmalz	Briketts	
April 1920	12	14	28	14	
Dezember 1920	18	22	30	12	

Diese Gegenüberstellung ergibt also, in welchem Maße sich die einzelnen Waren im Kleinhandel gegen den Friedensstand verteuert haben.

Brot kostet heute zehnmal soviel

wie in Friedenszeiten, Zucker 15mal, Kartoffeln 22mal soviel.

Wie sich die Gesamtlebenshaltung im letzten Jahre verteuert hat, dafür einige Zahlen:

Die amtliche deutsche Teuerungsstatistik, die die Lage sicherlich eher viel zu rosig als zu schlecht darstellt und die dabei in einem starken Gegenlag zu den erheblich ungünstigeren Ergebnissen der Statistiker Richard Calmer und Dr. Kuczynski steht, gibt an, daß die monatlichen Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie in Berlin von 1913/14 bis zum Februar 1920 von 104 auf 648 M. gestiegen sind. Dann folgt weiter eine starke Steigerung, die zeitweilig von Rückschlägen unterbrochen wurde. Im Dezember 1920 aber erreicht die Preisrevolution ihren Höhepunkt mit 964 M. In Hamburg, Essen, Aachen, Hagen i. W., Solingen stellte sich der Lebensunterhalt sogar auf mehr als 1000 M., wobei festzuhalten ist, daß diese Städte von der Preisrevolution schon früher viel scharfer erfaßt waren und daß die Preise im Durchschnitt in einigen dieser Orte sogar schon zurückgegangen sind. Daraus kann man die Not der Bergarbeiter ermessen, auf deren Schultern die Zukunft unseres wirtschaftlichen und nationalen Gedeihens ruht und in deren Wohnsitz die Teuerung am schärfsten zum Ausdruck kam.

Daß die Bewegung der Preise sich nicht auf die Großstädte allein beschränkt, beweist die Tatsache, daß im Durchschnitt des ganzen Reiches nach den Erhebungen von 600 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Familie nach der amtlichen Statistik von 637 M. im Februar auf 757 M. im März und auf 945 M. im Dezember gestiegen sind.

Die Angaben zeigen, daß unter der Wirtschaft der rein bürgerlichen Regierung die

Preise weiter unaufhaltbar nach oben

gegangen sind.

Die Preise für inländisches Getreide sowohl wie für Kohle, für Kali und damit auch für andere landwirtschaftliche und industrielle Produkte des Inlandes werden heraufgesetzt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt bereits die neuen Getreidepreise um volle 40 Proz. in die Höhe zu setzen, so daß sich ein Brot in Berlin auf etwa 7 M. stellen müßte.

Es drohen also neue Verteuerungen des gesamten Lebensbedarfes, auch der Kohlen! Während die Sozialdemokratie immer bemüht gewesen ist, durch Preiskontrolle, behördliche Bewirtschaftung und andere Maßnahmen wenigstens den Rinderbemittelten einen Schutz vor hohen Preisen zu gewähren, läßt die bürgerliche Regierung die Zügel schießen. Und das ist jetzt um so gefährlicher, als die

Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße zugenommen

hat und die Kurzarbeit in der Industrie eher die Regel als die Ausnahme ist.

Es liegt also im Interesse jeder Wählerin, dieser Begünstigung der Agrarier und des Kapitals entgegenzutreten. Das ist aber nur möglich, wenn man bei der Breitenwahl am 20. Februar einer Partei die Stimme gibt, die volles Verständnis für die Not des hand- und kopfarbeitenden Proletariats hat und die durch zielbewußte Mitarbeit an der Regierung die Preisschraube zum Anhalten zu bringen sucht. So hat der preußische Ministerpräsident Braun seine bekannten Vorschläge gemacht, die Getreideerzeugung zu verbilligen durch eine Sozialisierung der Stickstoffindustrie. So setzt sich die Sozialdemokratische Partei ein für eine Sozialisierung der Kohle- und Kaliproduktion, um die Bodenschätze der Profitgier des Großkapitals zu entziehen.

Es liegt also im Interesse der Wählerinnen, daß die Sozialdemokratie in Preußen wie später im Reiche zur Herrschaft kommt. Denkt daran am 20. Februar!

Sozialist sein, heißt keineswegs, bloß den Triumph einer bestimmten Partei vorbereiten, einen bestimmten Teil des Volkes einfach zur Macht zu bringen. Nein, es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammenwirken sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes sowohl als auch für die verschiedenen Nationen. Frieden soll an Stelle des Krieges treten, gegenseitige Dienste und Sympathie an die Stelle streitenden Eigenwillens und die Solidarität der Interessen an die Stelle der Zügellosigkeit, der Selbstsucht.

August Bebel.

Du mußt Sozialistin sein!

Nach meinem Dafürhalten müßte die Frau Sozialistin sein. Du fragst Warum? Spürst du denn die Ketten nicht, die die heutige Wirtschaftsordnung die schlingt? Solange du ein junges Mädchen bist, geht es noch. Da lebst du das Geschick mit dem jungen Arbeiter, der auch als Lernender und Werdender im Leben steht und sich an den Schranken der heutigen Gesellschaftsordnung vielfach reibt und stößt. Aber auch da sind dir schon die Grenzen der Berufsausbildung recht eng gezogen. Vorurteile, falsche Voraussetzungen für deinen Lebensweg, aber auch berechtigte geschlechtliche Bestimmungen, die in deiner Weiblichkeit ihre Ursache haben, ebenso unberechtigte geschlechtliche Schranken, die im Vorurteil der Menschen wurzeln, greifen mitbestimmend in dein Leben ein. Es gibt geborene Mütter, deren Lebensberuf es ist, Hausfrau und Mutter zu sein. Die Unerbittlichkeit unserer Verhältnisse weist sie auf den Arbeitsmarkt, weil ihre Kinder hungern, weil der Mann tot, krank oder arbeitslos ist oder seiner Pflicht als Ernährer der Familie nicht voll nachkommt. Bei einer Arbeit, die ihnen keine innere Freude gibt, verkümmern sie ihr Leben und trauern darüber, daß sie ihren Kindern Liebe und Sorgfalt vorenthalten müssen.

Man spricht hohe Töne von der Heiligkeit des Familienlebens und der Mutterchaft, ohne daß für diese hohen, ethischen Lebenswerte die Möglichkeiten zu ihrer Ausübung geschaffen werden.

Anderer Frauen wieder vermögen sich im regen häuslichen Kreise beim besten Willen nicht wohlfühlen. Sie brauchen aus inneren weiblichen Gründen einen Beruf. Im Zeitalter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden die Frauen aber ganz nach augenblicklichen Bedürfnissen, nicht nach persönlicher Neigung und Begabung auf den Arbeitsmarkt geholt oder von ihm fortgewiesen. Ganz gewiß müssen wir Frauen uns sozialen Gründen für Beschränkung der Arbeit des einzelnen fügen, wenn die allgemeine Lage es verlangt. Die Ursachen aber haben wir zu suchen. Und wir finden sie in der Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens, gesteigert durch die Kriegsjahre.

Der Sozialismus ist die aufbauende Kraft, die die Verhältnisse der Menschen so regeln wird, daß ohne die anarchische Freiheit des Einzelindividuums Zustände bestehen werden, die es den einzelnen Menschen ermöglichen, im Rahmen der sozialen Gemeinschaft und wahrhaft sozialer Anschauungen ein Arbeitsfeld zu finden, auf dem sie Befriedigung und Freude finden. Darum müssen wir Frauen, die Mütter und werterfassende Menschen sein wollen, Sozialistinnen sein.

Frauenfragen?

Von Marie Juchacz.

Gibt es Frauenfragen in der Politik? Ja und nein. Ich lege das Hauptgewicht auf die Verneinung. Wenn unser Genosse Professor Kadbruch und die Demokratin Fräulein Dr. Elisabeth Lüders die Zulassung der Frauen zum Richteramt und zur juristischen Verwaltungspraxis fordern, so steht vielleicht dahinter eine kleine Schicht von Frauen, die diese Forderung aus rein beruflichem Interesse betrachtet und sie als Frauenfrage wertet. Wenn Justizminister Dr. Heinze unter vielen Vorbehalten, unter Wenn und Aber einige bedingte Zusicherungen gibt, dann stützt er damit die ungeliebte Tendenz, die in nur frauenrechtlerischen Anschauungen liegt. Wir Sozialdemokraten betrachten die Frage als Berufsfrage und vom Standpunkt der Gleichberechtigung und fordern deshalb die unbefristete Zulassung zu allen Berufen. Eine Ausnahme bilden für uns nur die Arbeiten, die für die Frauen als weibliche und mütterliche Menschen schädlich sind. Die Dinge so sehen, wie sie Dr. Heinze auffaßt, heißt den Konfliktkampf zwischen Mann und Frauen-

sachen. Dann aber kann diese Frage ganz nach Belieben zu einer Frauen- oder Männerfrage gestempelt werden.

Neben dem selbstverständlichen Grundlag der Gleichberechtigung aber sind wir der Meinung, daß es not tut, an eine Umformung unserer ganzen Gerichtsbarkeit zu denken und den Frauen dabei gerade um der Rechtsprechung willen einen gebührend starken Einfluß zu sichern. So gesehen, ist es aber keine Frauenfrage, sondern ein Kapitel zur Menschheitsfrage.

Vielfach glaubt man, daß z. B. die Frage der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Regelung der Prostitutionsfrage eine Frauenfrage sei. Das ist durchaus nicht richtig. Auch hier handelt es sich um Menschheitsprobleme von allerhöchster Bedeutung, bei denen allerdings die Frauen schon deshalb, weil das weibliche Geschlecht hierbei der sehr stark leidende Teil ist, ein erhöhtes Interesse bekunden. Daß es keine nur-Frauenfrage ist, wird am besten dadurch bewiesen, daß die Frauen bei der Vorarbeit und Entscheidung über die geschlechtlichen Formen durchaus keine geschlossene Front bilden, sondern sich von Weltanschauung und sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen, genau wie die Männer.

Oder ist nun etwa gar der Schutz des sauerhelichen Kindes und seiner Mutter eine Frauenfrage? Hier hätten die Frauen doch einmal Gelegenheit, ihre weibliche Solidarität zu üben und damit alle „fette Männermoral“ über den Haufen zu werfen. Aber weit gefehlt. Das einfachste menschlichste und natürlichste bleibt hier den sozialdemokratischen Männern und Frauen zur Regelung überlassen.

Frauen sind es gewesen, Beamtinnen, Lehrerinnen, die auf ihren Tagungen beschlossen haben, daß sie mit Kolleginnen, die außerhalb der Ehe geboren haben, nicht zusammenarbeiten wollen. Die weiblichen „Standesvertretungen“ der Postbeamtinnen sorgen dafür, daß ihre unglücklichen Kolleginnen auf die Straße fliegen. Sie haben ihre Entschlüsse an sämtliche Ministerien geschickt, wo sie durch den Dienstweg gegangen sind und schon Nachahmung gefunden haben. Hebammen haben beschlossen, daß zu ihrem Beruf Bewerberinnen, die jemals unehelich geboren haben, nicht zur Ausbildung zugelassen werden sollen. Und es wird danach gehandelt. Zu den einzureichenden Papieren der Hebammenschülerinnen gehört die amtlich abgestempelte Bescheinigung, daß die Bewerberin nicht unehelich geboren hat. Man denke sich nur alle Konsequenzen solcher Anschauungen aus. Der Arzt darf Vater unehelicher Kinder sein. Der männliche Beamte bekommt für solche Kinder die Kinderzulage. Der Lehrer wird bei seinem Dienstantritt nicht gefragt, ob irgendwo eine Frau sitzt, die die Mutter seines unehelichen Kindes ist. Aber Frauen, in deren eigenen Kreisen heute ungestraft täglich gegen die „bürgerliche Moral“ gesündigt wird, sprechen über ihre Geschlechtsgenossinnen die Feme aus.

Wenn im Reichstag über eine Abänderung der Einkommensteuer verhandelt wurde, so ist das genau so eine Frauenfrage, als das Jugendwohlfahrtsgesetz eine Männerfrage ist. Und wenn im preussischen Abgeordnetenhaus bei nahe noch ein Hebammengesetz geschaffen wurde, wenn das nicht die Rechtsparteien vereitelt hätten, so geht das die Allgemeinheit gleichmäßig an. Wir wollen die Politik nicht nach frauenrechtlerischen Gesichtspunkten teilen, sondern unseren weiblichen Einfluß in der Politik nach sachlichen Gesichtspunkten geltend machen, wobei die individuellen Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Menschen gar nicht verwischt werden brauchen.

Sozialistische Gedanken.

Wenn die Sozialdemokraten sich Materialisten nennen, so soll mit diesem Namen nur gesagt sein, daß sie nichts anerkennen, was über den wissenschaftlich angelegten Menschenstand hinausgeht. Alle Hysterie soll aufhören. Joseph Dietgen.

Solange die unterdrückte Klasse, also in unserem Falle das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maße aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreißt, in dem Maße konstituiert sie sich als eigene Partei, wählt ihre eigenen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat, aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind. Friedrich Engels (Entstehung der Familie)

Die Kreistagswahlen.

Von C. Stoll.

Provinziallandtage und Kreistage bilden bisher Fremdkörper inmitten des demokratischen Wesens im neuen Staate. Auch die ersten Kreistage der Republik wurden auf dem Umwege über Stadtverordnetenversammlungen und Amtsausschüssen gewählt, und in dem auf solche Weise entstandenen Kreistage erfolgte die Wahl der Abgeordneten für den Provinziallandtag. Jetzt sollen beide Körperschaften wie die übrigen Parlamente aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgehen. Damit erlangen nicht nur die Wahlen selber, sondern auch die aus ihnen hervorgehenden Parlamente eine höhere Bedeutung. Nur parlamentarische Körperschaften, die sich auf den Willen eines politisch souveränen Volkes stützen, können Anspruch auf die nötige Beachtung erheben.

Auch bei der Wahl der Kreistage handelt es sich um eine außerordentlich wichtige Angelegenheit, denn in den Kreistagen werden die nächsten Angelegenheiten entschieden. Wir Sozialdemokraten haben den Kreis als ein vorzugsweise nach wirtschaftlichen Interessen bestimmtes soziales Wesen aufzufassen. Für uns haben die Kreistagsabgeordneten nicht in erster Linie rein fiskalische Aufgaben zu erfüllen, die sozialen und kulturellen Interessen sind mindestens ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger. Die eigentliche Basis für die Förderung des Wohlfahrtswesens in Stadt und Land ist der Kreis. Vom Parlament des Kreises und seiner geschäftsführenden Körperschaft, dem Kreisauschuß, müssen die großen sozialen Bestrebungen ausgehen, die wir namentlich auf dem Lande noch allzusehr vermissen. Gerade dem Kreistage erwächst die Pflicht, an die Stelle der Wohlthätigkeit und Barmherzigkeit die soziale Pflichterfüllung zu setzen. Gewiß sind wir für die Selbstverwaltung in Stadt und Land, wir sind gegen landräthliche Willkür, wie wir es immer gewesen sind, aber rückständige Gemeinden bedürfen eines motorischen Antriebes, damit sie sich ihrer Pflichten gegen das lebende Geschlecht, gegen die Hilfsbedürftigen, bewußt werden, und keine Städte ist mehr berufen als gerade der Kreistag, diesen Antrieb zu geben. Auch das Bildungswesen kann nur dann einen kräftigen Niederschlag auf dem platten Lande finden, wenn das Parlament des Kreises sich dafür einsetzt. Auch das platte Land bedarf der kulturellen Durchdringung, wenn die Menschen in den Sorgen und Nöten ihres gegenwärtigen Seins nicht verwehrt sollen. Natürlich unterstehen auch wichtige wirtschaftliche Fragen der Entscheidung des Kreises, denken wir nur an das Wegewesen, die Versorgung mit elektrischer Energie und ähnliche Angelegenheiten. Nach dem Willen der Sozialdemokratie soll auch die Politik im Kreise Arbeit an der Wohlfahrt der Gesamtheit sein.

Wir wollen den ersten wirklichen Kreistagswahlkampf in Preußen auf der politischen Linie führen. Klippenwirtschaft und partikularistische Bestrebungen werden bei uns nicht die mindeste Stütze finden. Wir wollen auch den Kreistag zu einem Hort für Demokratie, Freiheit, Fortschritt und soziales Wollen machen, er soll nicht mehr der Tummelplatz reaktionärer, volksfeindlicher Treiben sein.

Wer mit uns diesem Ziel zustrebt, hat am 20. Februar keine andere Wahl, als überall für die sozialdemokratische Kreistagswahlliste zu stimmen.

Wahlcuriosum.

Seit dem 9. November 1918 sind bekanntlich auch die Konservativen „volksfreundlich“ geworden. Die konservative Partei wurde zur „Deutschnationalen Volkspartei“ und trat mit einem ganz neuen Programm vor die Wählermassen hin.

Wenn man Volkspartei sein will, muß man aber auch Kandidaten auf die Wahllisten setzen, die aus den verschiedenen Schichten der Bevölkerung stammen, und wenn es auch nur geschieht, um das Volk — oder doch einen erheblichen Teil davon — vertrauensselig zu machen.

Und so steht denn auch auf dem deutschnationalen Wahlvorschlag für Berlin eine — Hausangestellte an dreizehnter Stelle!

Wieseltuch gelingt es dadurch den Familien, die Hauspersonal beschäftigen, diesmal noch leichter als bei den früheren Wahlen, ihre Angestellten mit dem Zettel der „Herrschaft“ zur Wahl mitzunehmen. Die „Dienstmädchen“ dürfen dann sogar mit der „Herrschaft“ über die Bordertreppe gehen.

Wir zweifeln allerdings doch daran, daß die weiblichen Hausangestellten in ihrer Mehrzahl noch nicht eingesehen haben, welches

Spiel an Wahlen mit ihnen getrieben wird, und wir haben dafür sogar eine ganze Reihe von Beweisen.

Auch ein erheblicher Teil der Hausangestellten weiß heute, um was es bei politischen Wahlen geht und welche Bedeutung auch für sie das Wahlergebnis hat. Damit sie aber imstande sind, am Wahltage ihren Anschauungen entsprechend sich betätigen zu können, ist es notwendig, daß vor der Wahl den Hausangestellten über die Hintertreppe der richtige Stimmzettel zugestellt wird. Dann können die Hausangestellten getrost auf ihrem Gang mit der Herrschaft über die Bordertreppe einen andern Stimmzettel in Empfang nehmen. In der Wahlzelle ist genügend Platz, ihn los zu werden.

Steckbrief für Hausangestellte!

Züchtigungsrecht und Dienstbuch sind abgeschafft, aber schon sinnt man wieder auf einen neuen Steckbrief für Hausangestellte. Es sollten alle, die mit Hausangestellten zusammenkommen, nicht vergessen, darauf aufmerksam zu machen, daß: Preußen infolge seiner Wählerzahl reichsgesetzliche Bestimmungen ganz erheblich beeinflussen kann, deshalb ist es Pflicht, auch der Hausangestellten, am 20. Februar dafür Sorge zu tragen, daß aus der Wahlurne die Sozialdemokratie als Siegerin hervorgeht. Sie hat bei jeder Gelegenheit an die Notlage der Hausangestellten gedacht und soweit es in ihrer Macht lag, Abhilfe geschaffen. Sie war es, die am 12. November 1918 alle 44 Gesindeordnungen, darunter eine aus dem Jahre 1732 und die Preussischen aus dem Jahre 1810 mit einem Federstrich außer Kraft setzte. Damit war auch das Dienstbuch ertübt!

Jetzt bei den Vorarbeiten zum „Neuen Recht der Hausangestellten“ sind heute schon von allen möglichen Organisationen Vorschläge gemacht, darunter auch einer, der die

Dienstkarte mit Lichtbild

für alle Hausangestellten fordert. Diese Forderung darf nicht zur Last werden, um die Hausangestellten nicht wieder zu Menschen zweiter Klasse zu machen.

Es muß den Hausangestellten mit aller Dringlichkeit klar gemacht werden, daß sie sich selbst am meisten schaden, wenn sie am 20. Februar einer Partei ihre Stimme geben, die bisher noch niemals für die Hausangestellten eingetreten ist — und auch nicht will, denn sonst wären die alten Gesindeordnungen schon vor der Revolution abgeschafft worden.

Die Hausangestellten in ihrer Gesamtheit bilden in Preußen eine Macht — sobald sie geschlossen auftreten. Das können sie, wenn sie diese Macht erkennen und einstimmig in ganz Preußen ihre Stimme abgeben für die alte Sozialdemokratische Partei, die durch Taten bewiesen hat, daß sie der alleinige Helfer aller arbeitenden Frauen und Mädchen, im besonderen aller Hausangestellten ist.

Gedankensplitter.

Die Gefahr des Pessimismus besteht darin, daß er müde macht und eine politische Reaktion erleichtert. Anzengruber.

Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Lasttier, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angstlos, mit Lust und mit Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und seine Augen zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist. Fichte.

Nur noch eine Woche

und der Tag der Entscheidung wird gekommen sein. Es gilt für jeden Wähler und jede Wählerin die Kernfrage zu beantworten:

Soll Preußen in Zukunft wieder ein Hort der junkerlich-kapitalistischen Reaktion werden, wie es früher war?

Oder soll Preußen eine Heimstatt sozialistischer Entwicklung auf dem Boden politischer Demokratie sein?

Wer diesmal sich von den bürgerlichen Parteien einfangen läßt, oder was ebenso schlimm sein würde, nur der Wahl fernbleibt, der macht sich mitschuldig daran, wenn infolgedessen alle staatsbürgerlichen Freiheiten vernichtet und die Anschläge einer sozialistischen Arbeitspolitik im Keime erstickt würden.

Die Entente wartet auf einen Wahlsieg der konservativen-nationalliberalen Kriegsbeher von 1914, um dann die Schrauben des Friedensbittens noch schärfer anzuziehen.

Wählertun! Es heißt die letzte Woche ausnützen, um alle eure Freundinnen und Bekannten zu warnen und sie anzukündigen, damit auch sie am 20. Februar stimmen

für die Sozialdemokratie!